

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Klimaschutz und Energie (25. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Karsten Hilse, Steffen Kotré, Dr. Rainer Kraft,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/13230 –

**Wohlstand statt Verzicht – Neuanfang wagen mit Kernenergie – Verlässliche,
kostengünstige und umweltverträgliche Energieversorgung für alle**

A. Problem

Die Fraktion der AfD kritisiert, dass Europa und Deutschland von hohen Energiepreisen betroffen seien. Kernkraftwerke könnten mit niedrigen CO₂-Emissionen zu einer zuverlässigen Energieversorgung beitragen. Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren könnten die gegenwärtig betriebenen Kernkraftwerke in Bezug auf Ressourcenverbrauch und Effizienz teils deutlich übertreffen und es könnten bislang ungenutzte Kernbrennstoffe eingesetzt werden.

Die Fraktion der AfD wolle die Bundesregierung daher auffordern, sich für einen Ausbau der Kerntechnik, insbesondere der Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren und der Kernfusion, einzusetzen, einen Weiterbetrieb beziehungsweise eine Renaissance der Kernenergie zu unterstützen und die Forschung auf diesem Gebiet zu fördern sowie eine Änderung des Atomgesetzes vorzulegen, um die friedliche Nutzung der Kernenergie und die Entsorgung nuklearer Rückstände unter Nutzung von Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren zu ermöglichen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/13230 abzulehnen.

Berlin, den 6. November 2024

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Katrin Zschau
Vorsitzende

Thomas Heilmann
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Thomas Heilmann

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/13230** wurde in der 191. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. Oktober 2024 an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur federführenden Beratung sowie an den Wirtschaftsausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der AfD schickt ihrem Antrag voraus, dass wirtschaftlicher Wohlstand, Bildung sowie ein starkes Sozialsystem mit der Bewahrung unserer natürlichen Umgebung Hand in Hand gingen. Europa und vor allem Deutschland seien nach Auffassung der antragstellenden Fraktion derzeit von einer Energieversorgungskrise mit sehr hohen Energiekosten betroffen. Statt mit CO₂-Einsparungen sollte dem stattfindenden Klimawandel mit Anpassungsmaßnahmen begegnet werden. Kernkraftwerke könnten mit niedrigen CO₂-Emissionen zu einer zuverlässigen Energieversorgung beitragen. Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren könnten die gegenwärtig betriebenen Kernkraftwerke in Bezug auf Ressourcenverbrauch und Effizienz teils deutlich übertreffen und es könnten bislang ungenutzte Kernbrennstoffe eingesetzt werden.

Die Fraktion der AfD möchte die Bundesregierung auffordern, unter anderem sämtliche Maßnahmen zur Verteuerung von CO₂-Emissionen sowie Förderungen sogenannter erneuerbarer Energien zu unterlassen, die Laufzeitbeschränkungen und Strommengeneinspeisebegrenzung auch bestehender Kernkraftwerke durch entsprechende Änderung des Atomgesetzes aufzuheben, sich für einen Ausbau der Kerntechnik, insbesondere der Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren und der Kernfusion, einzusetzen, einen Weiterbetrieb beziehungsweise eine Renaissance der Kernenergie zu unterstützen und die Forschung auf diesem Gebiet zu fördern sowie eine Änderung des Atomgesetzes vorzulegen, um die friedliche Nutzung der Kernenergie und die Entsorgung nuklearer Rückstände unter Nutzung von Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren zu ermöglichen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/13230 in seiner 84. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 20/13230 in seiner 85. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie hat den Antrag auf Drucksache 20/13230 in seiner 124. Sitzung am 6. November 2024 abschließend beraten.

Die antragstellende **Fraktion der AfD** erklärte einleitend, sie habe sich immer für eine Weiternutzung der Kernenergie ausgesprochen. Der Antrag ziele darauf ab, den Rückbau der Kernkraftwerke zu stoppen, damit künftige Regierungen mittelfristig die Möglichkeit hätten, die Kernkraftwerke wieder zu nutzen. Der Abriss sei eine Vernichtung von milliardenschwerem Volksvermögen, den man stoppen wolle. Man fordere keinen Neubau von

Kernkraftwerken. Die deutschen Kernkraftwerke hätten einen viel höheren Sicherheitsstandard als zum Beispiel die ukrainischen Kernkraftwerke.

Die **Fraktion der SPD** erläuterte, dass der Antrag von vielen falschen Annahmen ausgehe. Die ehemaligen Betreiber der Kernkraftwerke hätten darauf hingewiesen, dass die Wiederinbetriebnahme der abgeschalteten Reaktoren kein Spaziergang wäre und enorme Investitionen erfordern würde. Die Prüfung der Betreiber, ob eine Wiederinbetriebnahme machbar sei, sei abgeschlossen mit dem Ergebnis, dass dies nicht funktionieren würde. Kernenergie könnte nur mit einem kompletten Neuanfang wieder genutzt werden, der einen solchen zeitlichen Vorlauf hätte, dass er bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Einsparung von CO₂-Emissionen keine Rolle spielen könne. Die zweite grundsätzliche Fehlannahme im Antrag sei, dass der derzeitige Anstieg des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre mit dem verglichen werde, was in geologischen Zeiträumen immer wieder geschehen sei. Das, was in geologischen Zeiträumen in Millionen Jahren oder hunderttausenden Jahren geschehe, verursache die Menschheit jetzt aber in wenigen Jahrzehnten. Frühere Anstiege des CO₂-Gehalts seien damit nicht vergleichbar. Den Antrag lehne die Fraktion daher ab.

Auch die **Fraktion der CDU/CSU** lehnte den Antrag ab und verwies auf mehrere unrichtige Sachverhaltsanalysen wie die Weigerung der Anerkennung, dass die CO₂-Emissionen zu der wahnsinnigen Erderwärmung geführt hätten. Zudem wolle die AfD keine CO₂-Bepreisung, die aber das richtige Instrument sei. Aus Sicht der CDU/CSU wäre aufgrund des kriegsbedingten Wegfalls von Öl und Gas für eine Übergangszeit eine längere Laufzeit der Kernkraftwerke sinnvoll gewesen. Irgendwann werde aber ein Punkt erreicht, an dem ein Rückbau vom Rückbau nicht mehr sinnvoll sei. Die CDU/CSU habe daher beschlossen, längere Laufzeiten noch einmal prüfen zu wollen. Es sei aber wichtig, dass es in Deutschland Forschung insbesondere zu Reaktoren der fünften Generation gebe, die möglicherweise in einigen Jahrzehnten Lösungen für die Endlagerung des Atommülls sein könnten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** merkte an, dass Kernkraftwerke keine Maschinen seien, die man schnell an- und abschalten könne. Die Kernkraftwerksbetreiber hätten dies auch deutlich gemacht und sich sehr verwundert über das Papier der CDU/CSU gezeigt. Der Primärkühlkreislauf in Neckarwestheim werde bereits abgebaut. Es gebe keine Rechtsgrundlage für einen Weiterbetrieb. Es bräuhete neue Betriebsgenehmigungen. Bei den aktuellen Anforderungen wisse jeder, was das kosten würde. Es gebe kein Personal für einen Weiterbetrieb. Schon der Ausstieg aus dem Ausstieg 2009/2010 nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima habe den Steuerzahlenden viel Geld gekostet.

Die **Fraktion der AfD** führte in der Debatte aus, dass Umfragen eine Mehrheit in der Bevölkerung für den Weiterbetrieb gesehen hätten. In den letzten 11 000 Jahren habe es auch schon Temperatursprünge von mehreren Grad innerhalb weniger Jahrhunderte gegeben. Die Erde sei in diesem Zeitraum auch schon wärmer gewesen als heute. Die Alpen seien fast eisfrei gewesen, was man an Baumstümpfen unter der Eisdecke sehen könne. Dies könnten aber die Klimamodelle, mit denen die Entwicklung in der Zukunft berechnet werden solle, für die Vergangenheit nicht erklären.

Die **Fraktion der FDP** erwiderte, dass Temperaturschwankungen in der Erdgeschichte zwar stattgefunden hätten. Diese seien aber mit der Be- und Entsiedlung von Landstrichen einhergegangen, die mit einer Milliardenbevölkerung heute nicht mehr handelbar sei. Eine solche Be- und Entsiedlung könne heute nicht mehr in Kauf genommen werden. Kernkraft müsse sich wie alle Energieerzeugungsarten am Markt ohne Subventionen behaupten können. Bei der Errichtung konventioneller Kernkraftwerke seien aber die Kosten in den USA, in Finnland, in Großbritannien, in Frankreich durch die Decke gegangen. Subventionen dürfe es für solche Technologien nicht geben. Man müsse aber in einem engen Austausch mit den europäischen Partnern bleiben, da neue Formen der Kernenergie unverzichtbar sein würden, um Klimaneutralität zu erreichen.

Die **Gruppe Die Linke** wies darauf hin, dass es bereits so viel Atommüll gebe, dass man von Endlagerungskosten von 1 bis 2 Milliarden Euro ausgehen müsse. Bis zum Jahr 2100 sei mit Kosten von 169 Milliarden Euro zu kalkulieren. Es gebe aber nur Rücklagen in Höhe von 24,3 Milliarden Euro. Die AfD messe zum Beispiel bei der Haftpflichtversicherung mit zweierlei Maß, die es für Atomkraftwerke nicht gebe, aber bei der Geothermie gefordert werde. Die AfD blende Probleme bei den von ihr gewollten Sachen aus. Woanders erfinde sie künstlich Probleme.

Die **Bundesregierung** führte aus, Nuklearstrom sei etwa drei- bis viermal so teuer wie Strom aus Wind und Sonne. Weltweit würden 85 Prozent der neuen Kraftwerke auf erneuerbare Energien setzen. Bei der Kernenergie liege die Abhängigkeit von Rohstoffen aus dem Ausland bei 100 Prozent. Die Lieferketten würden zu mehr als

50 Prozent von Russland kontrolliert. Ein Neubau von Kernkraftwerken sei immens teuer, weshalb weltweit seit Jahren kein nennenswerter Zubau von Kernenergie erfolge. Nur in Ländern, die sich eine militärische Nutzung der Kernenergie offenhalten wollten, spielten ökonomische Rahmenbedingungen keine Rolle.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/13230 zu empfehlen.

Berlin, den 6. November 2024

Thomas Heilmann
Berichtersteller

